

Mulhouse 22.9.2018 – Armut und Prekarität in Europa

Teil: Deutschland

1. Deutschland ist nach 1945 ein geteiltes Land. 1949 entstehen die Bundesrepublik Deutschland, der westliche Teile Deutschlands, und die Deutschen Demokratische Republik DDR, der östliche Teil Deutschlands. dieser Zustand bleibt im Rahmen des kalten Krieges bis 1990.

2. Der westliche Teil Deutschlands erlebt nach 1949 mehrere Phasen von politischen wie ökonomischen Entwicklungen.
 - eine Phase des Wiederaufbaus des Landes bis ca. 1960
 - das sog. Wirtschaftswunder der 50er/60er Jahre
 - das Modell einer sozialen Marktwirtschaft kontrovers zu sozialistischen Lösungsmodellen der Sozialen Frage
 - eine Einbindung in westeuropäische Wirtschaftssysteme, wie zum Beispiel Montanunion oder die Europ. Wirtschaftsgemeinschaft EWG mit den Römischen Verträgen
 - eine deutsch-französische Aussöhnung/Freundschaft von Schumann/Adenauer/De Gaulle (1953 – 1963) bis zu Francois Mitterand/Helmut Kohl auf den Schlachtfeldern von Verdun (1998).
 - Mitgliedschaft in der Nato seit 1956 und Wiederbewaffnung
 - eine erste grosse Krise der Ökonomie um 1967 und dann Mitte der 70er Jahre (1973 die sog. Ölkrise!)

3. Die wirtschaftliche Entwicklung verläuft bis in die 80er Jahre hinein relativ überschaubar, ohne grosse Krisen. Orientierung des sog. „rheinischen Kapitalismus“ ist die Triade aus Staat – Wirtschaft – Gewerkschaften, die für eine gewisse Verteilung des wirtschaftlichen Erfolges der neuen Bundesrepublik sorgt. Die die politische Linke in Deutschland zur Aufgabe einer radikalen Gesellschaftspolitik des Kapitalismus veranlasst. Die SPD beschliesst 1959 das Ende des Klassenkampfes und erklärt sich zur Volkspartei. Die Kanzler Willy Brandt (1969 – 1973 und Helmut Schmidt (1973 – 1982), beide SPD setzen eine sozialdemokratische Reformpolitik um, die vielen auch jungen Menschen einen gesellschaftlichen Aufstieg durch Bildung, Arbeit und wachsenden Wohlstand signalisiert.

4. Anfang der 80 er Jahre verändert sich das Modell Deutschland. Die konservative Ära eines Helmut Kohl (CDU) dauert von 1982 – 1989. Die Wirtschaftspolitik orientiert sich unter neuen Rahmenbedingungen am Modell des Neoliberalismus.
Die Idee eines „sich selbst regulierenden, globalisierten Marktes wird in den USA propagiert und wird zum Zentrum der amerikanischen wie der britischen Wirtschafts- und Sozialpolitik (Reagan & Thatcher): - Rückzug des Staates aus der Ökonomie, - Demontage bisheriger Sozialer Sicherung, - Abbau von Schutzrechten oder Tarifverträgen.

5. Erste breite Kürzungswelle (1982-1985) in den Sozialtransfers an Sozialhilfeempfänger und Erwerbslose. Senkung des bisherigen Rentenniveaus auf 60 % des Bruttolohnes. Insgesamt werden rund 50 Mrd. Euro an sozialen Einsparungen in der ersten Hälfte der 80 er Jahre vorgenommen.
Alle Sozialleistungen werden systematisch hinterfragt, „der Sozialstaat gilt als unfinanzierbar“. Steuern für die Reichen und Unternehmer werden gesenkt, Arbeitgeberanteile (beim Lohn) für Renten- und Kranken- und Arbeitslosenversicherung gesenkt.
Die Rentenpolitik setzt auf das neue Modell: - Pflichtversicherung durch Arbeit, ----- Privatversicherung bei der Versicherungswirtschaft und - auf die Schaffung einer Betriebsrente im Alter. Das Rentenniveau soll von einst 60 % bis 2030 auf 43 % sinken. Momentan 48 %. Die Standardrente nach 45 Jahren Arbeit beträgt derzeit in 2018 Euro 1.350.- mtl., davon werden noch Krankversicherung abgezogen, sodass ca. Euro 1170.- Euro mtl. überbleiben.

6. Die von US-amerikanischen Ökonomen in Chicago (Friedman u. a.) entwickelte Politik des neoliberalen Wirtschaftens öffnet den Markt für einen neuen ungezügeltten Finanzkapitalismus, der nun den Mainstream bestimmt. Internationale Börsen (Wallstreet, London, Paris, Tokio, Frankfurt) und Börsenspekulationen schaffen einen parallelen künstlichen Markt. Neben dem realen Markt aus Agrarsystem, Produktion und Dienstleistungen entsteht ein künstlicher Markt aus Finanzspekulationen und zahlreichen Kapitalderivaten. Dieser Finanzkapitalismus gerät 2008/2009 in die bekannte grosse Krise. Den bekannten Zusammenbruch von Banken in den USA, aber auch in Folge

7. in den europäischen Ländern.

Neben diesen neuen Entwicklungen wachsen neue Steuerungsinstrumente nämlich der IWF (Internationaler Währungsfond), die Weltbank WB und die Europäische Zentralbank EZB, die später z. B. in Griechenland, Spanien, Portugal massiv eingreifen. Dazu kommen Instrumente wie die Assoziation der G-9 Staaten, die eine supranationale Vereinigung der wirtschaftsstärksten Industrieländer incl. Russland darstellen. Dort werden die neoglobalen Strukturen der Ökonomie, Sicherheit, Kultur, Klimawandel, Nord-Süd-Beziehungen etc. festgezurr. (Ohne Russland zur Zeit, das durch den Ukraine-Krim-Konflikt ausgeschlossen bleibt!!!) Die Existenz der internationalen Konzerne sei nur noch zur Vollständigkeit erwähnt.

Dazu kämen noch die sog, Tigerstaaten wie China, Indien, Brasilien, Südafrika etc. Die weltweite Militarisierung vieler Konflikte einschliesslich des Phänomens des Terrorismus seien nur noch zusätzlich erwähnt.

8. Durch den Fall der Berliner Mauer 1989, die deutsche Wiedervereinigung 1990 und den totalen Umbruch der DDR (und weiterer osteuropäischer Länder incl. der Sowjetunion) kommt es zur Unterbrechung der Entwicklung einer neoliberalen Agenda in Deutschland in Reinform. Das Ende der Regierung Helmut Kohl 1998 und die Politik der neuen Regierung Rot-Grüne-Regierung Schröder-Fischer (1998 – 2004) führt überraschender Weise die Politik des neoliberalen Mainstream verschärft weiter.

9. In einem Gerhard Schröder-Tony Blair-Papier von 1998/99 werden die Weiterentwicklungen von wohlfahrtsstaatlichen Strukturen endgültig verworfen. Dem wird eine neue Sozialpolitik entgegengesetzt, die wellfare durch workfare ersetzt. Statt Wohlfahrt und garantierten sozialen Rechten „wellfare“ rückt „Chancengerechtigkeit“ und die „Arbeitsfähigkeit aller Menschen“ (workfare) ins Zentrum staatlicher Politik. Soziale Transferleistungen reduzieren sich auf das gerade noch für notwendig erachtete Niveau.

10. Aus einer jahrzehntelangen Trennung von Arbeitslosenhilfe (1927) und Sozialhilfe/Fürsorgeleistungen (seit 1923) wird die neue Grundsicherung des SGB II, als Hartz IV-Gesetz bezeichnet (2005), das nahezu alle Fürsorge- und Arbeitslosenleistungen zusammenwirft. Das Arbeitslosengeld I als Arbeitslosenversicherungsleistung wird auf 12 Monate begrenzt, nach 12 Monaten rutschen alle ins Hartz-IV-Regime. Die Kosten der Grundsicherung werden vom Bundeshaushalt in Berlin getragen. Staatliche Leistungen erfassen sämtliche Haushaltstypen, Haushaltsgemeinschaften genannt. Eltern, Kinder unter 18 Jahren, - junge Erwachsene unter 25 Jahren, weitere Personen, die in Haushalten mitleben (z. B. Freunde, Bekannte, Untermieter, Partner etc.). Alleinerziehende Haushalte mit Kindern unter 18 Jahren und als Sondergruppe Menschen, die vollständig (100 %) nicht erwerbsfähig sind (Kranke, Schwerbehinderte, Frührentner, Invaliden). Altersrentner (retraites ab 65/67 Jahren), deren Renteneinkommen nicht das Existenzminimum der Grundsicherung erreicht. Insgesamt beziehen rund 7 Millionen Menschen Leistungen nach dem SGB II, darunter 2,4 Millionen Arbeitslose Personen. Die Armutsgefährdungsquote liegt in Deutschland derzeit bei rund 15 % der Bevölkerung (gemessen am Meridian von 60 % des Einkommens als Indikator für Definition Armut der Europäischen Union).

11. Die materiellen **Leistungen der Grundsicherung** bestehen aus Regelsätzen, die in der Regel jährlich fortgeschrieben werden. Es wird unterschieden nach Haushaltsvorstand, Angehörigen und weiteren Mitgliedern der Bedarfsgemeinschaft. Einkommen einer Haushaltsgemeinschaft ist zunächst das Einkommen aller im Haushalt lebenden Personen. Weiter werden Kosten der allgemeinen Kranken- und Pflegeversicherung übernommen. Zu diesen fixen Grundleistungen (grundsätzlich ohne Sonderbeihilfen und Härtefallregelungen) werden die angemessenen Kosten der Unterkunft übernommen. Die Höhe dieser Unterkunftskosten wird von lokalen oder regionalen Behörden festgelegt und orientiert sich am örtlichen Mietpiegel oder an den Miethöhen einfacher Wohnungen. Umzugsaufforderungen bei höherem Mietniveau sind die Regel, rund 20 % der Menschen tragen die erhöhten Mieten aus dem Regelsatz des monatlichen Zuschusses. Zwangsumzüge dieser Art sind normal.

- 5 -

Zwangsräumungen von Haushalten bei Mietschulden sind in Deutschland steigend. In Berlin pro Tag 10 Haushalte. Es gibt kein Menschenrecht auf Wohnen. Der Fehlbedarf an Wohnungen liegt bei weiter über 1,5 Millionen.

Wer ein Einkommen durch Arbeit – egal welcher - erzielt, kann dies ergänzen lassen, wenn das mtl. Einkommen unter der Armutslinie liegt. Dies sind in Deutschland 400 Tsd. Haushalte monatlich.

12. Nicht nur der Bereich der Grundsicherung (Existenzabsicherung!!!!) und der Erwerbslosenförderung wird ab 2005 im Rahmen der Agenda 2010 vollkommen verändert.

Das politische Prinzip heisst ab 2005: Fördern und Fördern! Die Erwerbslosen oder Arbeitslosen werden zur neuen sozialen Klasse und repräsentieren die neue Klasse der Armen, der Gefährdeten, der gesellschaftlich am Schatten stehenden, der gesellschaftlich Verachteten.

13. Die Öffentliche Meinung bzgl. der Erwerbslosen wird durch die massiven Vorgaben der Politik in Form von Kontrolle und eines sich entwickelten Sanktionssystems verschärft. Besonders junge Menschen unter 25 Jahren erleben das Sanktionssystem sehr total. Sie dürfen trotz Volljährigkeit nicht aus dem Haushalt der Eltern ausziehen. nur in Ausnahmen. Z. B. Sie verlassen das Jugendhilfesystem. Oder sie werden durch Gewalt aus den Elternhäusern vertrieben.

Sanktionen sind bei ihnen auf ZERO möglich. incl. der Streichung von Mieten, Krankenversicherung etc.

14. Auch andere gesellschaftliche Bereiche werden einer totalen Veränderung im Rahmen der Agenda 2010 unterworfen.

In den Jahren 2003 – 2010 werden

- das Gesundheitswesen
- die Ausbildungsordnungen
- das Geld für Studium und Beruf
- die Renten und Versorgungssysteme bei Erwerbsminderung und im Alter
- die Rehabilitation
- die Jugendhilfe

- 6 -
- die Behinderten-Hilfe

sehr verändert. In allen öffentlichen wie privaten Sektoren herrscht eine Politik von Wachstumszielen – bei gleichzeitigem Politischem Ziel einer Schwarzen Null bis 2020 in den öffentlichen Haushalten - nach den Grundsätzen:

Rationalität, Wirtschaftlichkeit, Steuerung und Controlling, Abbau von Privilegien und Subventionen, Privatisierung sozialer Risiken, Privatisierung gesellschaftlicher Aufgaben wie Wohnungsbau, Gesundheit, Erziehung, Wasser, Energie, Mobilität, Planung.

Hinzu kommt die Revolution der Digitalisierung 4.0.

Die Folgen der Migration (20 Millionen Menschen in Deutschland mit einem sog. Migrationshintergrund) verändern das gesellschaftliche Klima. Nationalismus und Populismus, Anschläge und Ausschreitungen gegen Fremde und Flüchtlinge sind hoch. Die Strasse mobilisiert die Anhängerschaft der politischen Rechten. Die politische Unterstützung von Parteien der politischen Rechten liegt in einzelnen Regionen zwischen 10 – 30 % bei Landtagswahlen in den Bundesländern. Die AFD ist Mitglied des Deutschen Bundestages mit rund 14 % der Stimmen. die Zuwanderung von Flüchtlingen in den Jahren 2014 – 2017 lag bei etwa 4,5 Millionen.

15. Diese sozialpolitischen Veränderungen machen sich am Beispiel des Arbeitsmarktes an folgenden Entwicklungen und Erscheinungen fest.

- **Atypische Beschäftigung (39,6 %)**
 - **Niedriglohnsektor**
 - **Beschäftigungsprogramme für Erwerbslose (rd. 400 Tsd Menschen von ca. 3 Millionen, die fortlaufend in Massnahmen sind, aber nicht statistisch als Erwerbslose gelten, (von 1.- Euro-Job – Arbeitsvertrag auf Zeit mit Förderung)**
-
-

- 7 -
- **Zeitarbeit** über Zeitarbeitsfirmen (Leihfirma)
- **Teilzeitarbeit** (mehrere Jobs nebeneinander = working poor)
- **Normalität** Schicht- und Nachtarbeit (auch für Frauen)
- **Tariflohn** (wird in vielen Branchen zur Ausnahme, Arbeitsgeber verlassen die Tarifbindung)
- **Billiglöhne**
- **Befristete** Tätigkeiten (Arbeitsvertrag läuft aus...)
- **Arbeitnehmerrechte**: von minimalem Schutz bis zur Schutzlosigkeit, Spaltung der Belegschaften
- Kein nationaler **Mindestlohn** (erst seit 2016)
- Massive Veränderungen im **Kündigungsrecht**
- **Saisonbeschäftigung** für Osteuropäer und Erntearbeiter (ohne sozialversicherung!!)
- hartz IV: aufhebung der zuzahlung für rentenversicherungsleistungen, kein Anrecht auf tariflohn, keine Zahlungen an Arbeitslosenversicherung, jede Arbeit zumutbar, Massnahmenzwang
- **Keinerlei Schutz** von Status und Berufsqualifikationen.
- **Materielle Leistungen der Grundsicherung**: Schaffung eines Hartz Iv-Systems
- **Kontrollsystem und Betreuungssystem** in hartz iv: Jobmanagement (Disziplinierung und Erziehung durch Hartz IV)
- **Langzeitarbeitslose**: Sonderprojekte seit 2005 incl. kommunale Steuerung, Zusammenwirken von Wohlfahrtsverbänden, Gemeinden und Wirtschaft, neue Pläne Integration von Langzeitarbeitslosen mit minimum 7 Jahre Erwerbslosigkeit)
- **Aufstocker** (Lohn und mtl. Zuzahlungen bis zur Armutsgrenze, 400 Tsd. Personen)

16. Zusammenfassung

- Die Veränderungen der Agenda 20 10 – Politik bedeuten eine „Modernisierung der sozialen Ausgrenzung“. oder sie stellen zumindest im Hartz iv-System eine „Bewährungsprobe für die Unterschicht“ dar .
- Die Agenda 2010 erweitert systematisch den Personenkreis der Menschen in prekären Lebenslagen. Ein Konglomerat von Menschen in Verunsicherung (Prekarität), in sozialem Abstieg und drohender Entkopplung aus dem sozialen wie wirtschaftlichen Gefüge eines Landes. Teile davon sind von sozialer Exklusion dauerhaft bedroht.

- 8 -
- Insofern ist verständlich was Pierre Bourdieu mir Prekarität ist überall 1997 meinte.
- Es drängt sich der Eindruck auf, dass es in allen entwickelten Ländern Europas vergleichbare Parallelen gibt, die sich an dem deutschen Modell der Nivellierung und Reduktion der sozialstaatlichen Leistungen orientiert.
- Der Sozialstaat verliert angeblich seine Berechtigung, der soziale Zusammenhalt entschwindet, der Fahrstuhl des gesellschaftlichen Niveaus fährt nach unten.
- Die gesetzlichen Grundlagen(Sozialgesetze) und die verwaltende Organisation von Armut und sozialer Ausgrenzung bekommt in den europäischen Ländern nahezu gleichartige Züge und Ausdrucksformen: Lean Management, Controlling, Neue Steuerung durch Bürokratien und technokratische Eliten.

Roland Saurer

Sprecher der Iak-bw

- Ende -